WUZ
WALDDÖRFER UMWELTZEITUNG
NATUR • KULTUR • GESUNDHEIT UND SOZIALES FÜR HAMBURGS NORDOSTEN

Der Zukunftsrat stellt dem Senat ein vernichtendes Urteil in Sachen Nachhaltigkeit aus: Hamburg ist „Old School“ – nicht fit für die Zukunft.
Seite 3

Das Bürgerbegehren gegen die Überschwemmungsgebiete ist nicht zulässig. Aber die BSU lenkt jetzt ein und will nochmal alles prüfen – Wahlkampfgetöse?
Seite 9

Nr. 91 • Jan. 2015
www.wuzonline.de

13 Parteien wollen ins Hamburger Rathaus

Bürgerschaftswahl erstmals solo

Am **15. Februar** wird in Hamburg die neue Bürgerschaft erstmals allein gewählt. Die WUZ hat wie schon bei den vorhergehenden Urnengängen einen Fragenkatalog zusammen gestellt und die Bürgerschaftskandidaten im Wahlkreis Walddörfer/Alstertal zu Themen des Natur- und Umweltschutzes, der Stadtplanung, zu Bebauungs- und Verkehrsfragen und über Bürgerbeteiligung befragt (Seite 4-7).

Fortsetzung auf Seite 4

Esther Bejarano liest

Die Bergstedter SPD lädt am Sonntag, **8. Februar** um 11.30 Uhr in die Stadtteilschule Bergstedt, Volksdorfer Damm 218 ein. Esther Bejarano liest aus ihrem Buch “Erinnerungen - Vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Rap-Band gegen Rechts“. Hamburgs Altbürgermeister Henning Voscherau wird die einführenden Worte sprechen.
Esther Bejarano sollte als 15-Jährige nach Israel auswandern. Stattdessen wurde sie 1941 zur Zwangsarbeit eingesetzt und kam 1943 nach Auschwitz und später nach Ravensbrück. Das Akkordeonspielen im Mädchenorchester des Konzentrationslagers rettete ihr Leben. Karten sind in der Buchhandlung Ida v. Behr in Volksdorf und bei Evi Rehders, Tel. 6047898 erhältlich. (WUZ)

Gut vorsorgen, selbst versorgen.
BACKHAUS SOLARTECHNIK
SONNE HOLZ GAS REGEN LUFT
BERGSTEDTER MARKT 1 · 22395 HAMBURG · FON 040 604412-91 · FAX -92
WWW.BACKHAUSSOLARTECHNIK.DE

VOLKSMARKT 1981 - 2015
SAMMELN • TRÖDELN • SCHÖNE KÜNSTE
Familienflohmarkt der Walddörfer, Marktplatz Volksdorf: 9 bis 16 Uhr
in Verbindung mit dem Kultur- und Sozialtreffpunkt/ Kindermeile
19. April
5. Juli, 13. September, 6. Dezember
Volksbuch-Bücherbasar: 29. März, 8. November im WSV
Le Bouquiniste, Tel.: 603 41 13 • Fax: 609 11 765

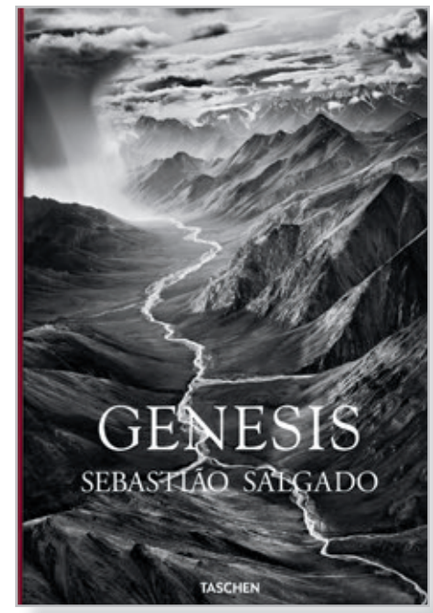
von Siegfried Stockhecke, Agenda 21-Büro Volksdorf, 22345 Hamburg, Postfach 670502

Faszinierende Fotos als Aufruf zum Handeln

Als „blauen Planeten“ ohne Grenzen sehen unsere Kosmonauten aus dem Weltall die verletzliche Heimstatt der Menschheit. „Die Welt von oben“ hat uns der französische Photograph Yann Arthus-Bertrand vorgeführt und unserem Weltbild eine aufregende neue Dimension hinzugefügt. Die scheinbare unendliche Schönheit der Landschaften auf unserem Globus und das unfassbare Ausmaß ihrer teilweisen Zerstörung durch den Menschen sind durch ihn dokumentiert.
Die Photographie kann anerkannt als Waffe im künstlerischen Einsatz auf das Wegschauen und das nicht Wahrhabenwollen gerichtet werden. Sebastião Salgado hatte hier mit seiner photographischen Berichterstattung jahrzehntelang meisterliches geleistet.

Er hat das schreckliche Werk der apokalyptischen Reiter (Epidemien, Krieg, Hunger und Tod) besonders in Afrika festgehalten und die „Verdammten dieser Erde“ u.a. in Afrika, Südamerika, Indien als Zeitzeuge begleitet.
Diese Arbeit führte ihn letztlich psychisch zu seinem „inneren Ende“, weil, wie er sagt, das von ihm erworbene Wissen kaum auszuhalten ist.
Die seelische Rettung fand Salgado in seinem über Jahre geschaffenen Werk „Genesis“, eine Liebeserklärung an unseren Planeten in schwarzweißer Photographie.
Der gerade angelaufene Film „Das Salz der Erde“ von seinem Sohn und Wim Wenders über Person und Werk ist bewegend und tief beeindruckend. Er schafft die geistigen Voraussetzungen für die Beschäftigung mit „Genesis“ - einem wahrhaft monumentalem Buch, einem photographischen Bericht von den noch nicht zerstörten Rändern unserer Welt.
Über 32 Reisen innerhalb von acht Jahren in die abgelegensten Winkel der Erde haben diesen Bericht ermöglicht. Fünf Kapitel präsentieren je eine große Region mit verschiedenen Ökosystemen auf über 500 Seiten. Der gewichtige großformatige Bildband ist ein Hausbuch für Betrachter, die inmitten einer immer fragwürdig werdenden Zivilisation Orientierung suchen. Einzigartig und sehenswert.

Sebastião Salgado.
Genesis. Hrsg. von
Lélia Wanick Salgado.
Hardcover mit
17 Ausklappern,
24,3 x 35,5 cm, 520 Seiten,
Taschen Verlag 2013,
49,99 Euro



Die Kraft von Genesis

„Nachhaltigkeit ist die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Um sie zu erreichen, müssen wir beginnen, die Art und Weise zu verändern, mit der wir die Welt sehen, mit der wir über sie nachdenken und mit ihr umgehen ... Das Streben nach Frieden und Nachhaltigkeit muss in den Köpfen von Frauen und Männern und insbesondere von jungen Menschen verankert werden. Darin liegt die Kraft von Genesis, dem neuen Buch von Sebastião Salgado. Es hat die Macht, uns die Augen zu öffnen, uns eine neue Weitsicht zu vermitteln. Das ist der erste Schritt, um auch unser Verhalten zu ändern. Sebastião Salgados Fotografien zeigen die Majestät und das Mysterium des Lebens. Und sie führen uns die Vielschichtigkeit der Aufgaben vor Augen, die uns erwarten. … Ich verstehe diese Bilder als Aufruf zum Handeln - an die UNESCO, weiter daran zu arbeiten, die Grundlagen für Nachhaltigkeit zu schaffen, und an uns alle, zu erkennen, dass jeder daran mitwirken muss, unseren Planeten zu erhalten und Lebensentwürfe zu finden, die uns in die Zukunft führen. Für diese Einsicht möchte ich Sebastião Salgado danken.“ *Vorwort von Irina Bokozia, Generaldirektorin der UNESCO.*

IMPRESSUM

Walddörfer Umweltzeitung©

Redaktion und Anzeigen
Ilka Duge (du), V.i.S.d.P.
i.duge@wuzonline.de
Tel.: (0 40) 644 24 353
Fax.: (0 40) 604 50 692

Layout und Grafik
Monika Thiel (mt)

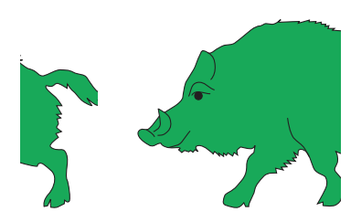
Verlag
***m.* MEDIENPRODUKTION GmbH**
Ahornweg 19 · 22395 Hamburg

Druck
A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG Pinneberg

Die Zeitung wird auf Recyclingpapier gedruckt. Alle namentlich gezeichneten Beiträge sind in der Verantwortung der Autoren. Der Inhalt ist urheberrechtlich geschützt. Deshalb bedarf die Vervielfältigung von Informationen oder Daten, insbesondere die Verwendung von Texten, Anzeigen und Bild-, Grafikmaterial unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.

www.wuzonline.de

Aktuelle Nachrichten:
www.wuzonline.de



Die nächste wuz erscheint am 19. Feb. 2015

Nachhaltigkeitsbericht des Zukunftsrates

Hamburg bleibt „Old School“

Seit mehr als zehn Jahren veröffentlicht der Hamburger Zukunftsrat seine Nachhaltigkeits-Indikatoren mit jährlich aktualisierten statistischen Daten (HEINZ) die messen, wie weit Hamburg auf dem Weg zur Nachhaltigkeit vorangekommen ist. In diesem Jahr gibt der Zukunftsrat jedoch nicht nur die aktuellen statistischen Daten (2013) im Rahmen von HEINZ 2014 wieder, sondern verbindet damit Ergebnisse von früheren Initiativen zur Nachhaltigkeit zum „Hamburger Nachhaltigkeitsbericht 2015“.

Dabei werden Themen zusammengefasst, die sonst getrennt voneinander betrachtet werden oder meist unter den Tisch fallen, weil sie langfristiges und globales Denken voraussetzen: Klimawandel und Ressourcenverknappung, Bildung und sozialer Zusammenhalt sowie nachhaltiges Wirtschaften und Konsumieren. Grundlage für den Bericht sind zwei Umfragen aus den Jahren 2000 und 2010 zum nachhaltigen Konsum, der vom Zukunftsrat ermittelte ökologische Fußabdruck der Stadt Hamburg aus dem Jahr 2012, der Hamburger Wohlfahrtsindex 2014, der von den GRÜNEN in Auftrag gegeben wurde sowie das Buch „Zukunftsfähiges Hamburg“, das der Zukunftsrat 2010 zusammen mit dem BUND, dem Wuppertal Institut für Klima und der Diakonie herausgegeben hat.

Das Fazit des Berichts ist: Der Lebensstil des Durchschnitts-Hamburgers übernutzt die Schätze des Planeten. Dies gilt für die Belastung des Klimas ebenso wie für den Verbrauch von Ressourcen. Von einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft ist Hamburg weit entfernt. Gemessen an den Möglichkeiten und einem anspruchsvollen Nachhaltigkeitsziel ist Hamburg eine Metropole mit erheblichen sozialen Ungleichheiten und Problemen. Nicht nur die zunehmend ungleiche Einkommensverteilung, sondern auch die deutliche Trennung in arme und reiche Stadtteile, eine hohe Kriminalitätsbelastung und eine hohe Zahl von Sozialleistungs-Empfängern verfehlen das Nachhaltigkeitsziel des sozialen Ausgleichs. Die Kurve der „Wohlfahrt“ bzw. der Lebensqualität in Hamburg bewegt sich längst nicht mehr parallel zur Kurve des Bruttoinlandprodukts. Sie stagniert vielmehr und sinkt zum Teil. „Nicht primär am BIP, sondern an einer ganzheitlichen Lebensqualität sollten sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft orientieren“, sagt Dr. Delia Schindler, Sprecherin des Zukunftsrates. Die ressourcenverbrauchende Ökonomie müsse der Wohlfahrt der Menschen dienen, sie sei kein Selbstzweck. „Ohne eine Nachhaltigkeitsstrategie, die die verschiedenen Lebensbereiche und Aspekte integriert und sich der aktiven Partizipation der Hamburger versichert, wird es einen Fortschritt in diese Richtung nicht geben, wird die gesellschaftliche Lebenswirklichkeit weiter in Teilbetrachtungen aufgesplittert bleiben. Am politischen Willen dies zu beheben mangelt es zurzeit allerdings weitestgehend.“

Das Fazit von Dr. Schindler: „Der Hamburger Senat hat den Dialog mit den Bürgern abgebrochen, er nutzt nicht das große Potential, das es in der Stadt gibt und holt sich keine Hilfe/Meinung z.B. von den Universitäten. Um die Menschen zum Umdenken zu bewegen reichen Anreize und Freiwilligkeit nicht aus. Um vor allem die Wirtschaft zum Handeln zu bewegen, braucht es Vorschriften und Verbote, z.B. damit Textilien nachhaltig produziert werden können. „Solange eine strategische Ausrichtung und der politische Wille fehlen, wird Hamburg „Old School“ bleiben – nicht fit für die Zukunft.“ (du)

Handelskammer fordert Reformen

Im Rahmen seiner Jahresschlussansprache vor der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns hat Präses Melsheimer eine Jahresbilanz aus Sicht der Hamburger Wirtschaft gezogen: Die Hamburger Unternehmen sehen bei der Verkehrs-, Stadtentwicklungs- und Infrastrukturpolitik den größten Handlungsbedarf. Während die Grünen bei den Haushaltsberatungen vor allem die Förderung des Radverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs forderten, legt die Handelskammer ihre Schwerpunkte auf den flüssigen Verkehr und die Entwicklung einer Metrobahn (U- und Stadtbahn kombiniert). (du)

Fortsetzung von Seite 1

13 Parteien wollen ins Hamburger Rathaus

Bürgerschaftswahl erstmals solo

Aufgrund des neues Wahlgesetzes wird die Bürgerschaft in diesem Jahr erstmals unabhängig von den Bezirksversammlungen gewählt. Die Legislaturperiode für Hamburgs Stadtparlament umfasst ab jetzt fünf Jahre. Bei der Bürgerschaftswahl gibt es weiterhin die Fünf-Prozent-Hürde. Die erste Sitzung der neuen Bürgerschaft findet spätestens drei Wochen nach der Wahl statt (wahrscheinlich am 2. März).
Am 15. Februar müssen die 121 Abgeordnete in der Bürgerschaft neu gewählt werden. Das Plenum besteht zur Zeit aus fünf Fraktionen: SPD (62 Mitglieder), CDU (27 Mitglieder), BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN (14 Mitglieder), FDP (9 Mitglieder) und DIE LINKE (8 Mitglieder). Es gibt außerdem einen fraktionslosen Abgeordneten.

Alle Wahlberechtigten haben fünf Stimmen nur für den Landeslisten-Stimmzettel und fünf Stimmen nur für den Wahlkreislisten-Stimmzettel. Insgesamt 50 Bürgerschaftssitze werden über die Landesliste vergeben. Über die Wahlkreise ziehen insgesamt 71 Abgeordnete ins Landesparlament.

Wie bei der Bundestagswahl ist der Landeslisten-Stimmzettel der entscheidende: Nur mit dem Landeslisten-Stimmzettel wird über die Mehrheitsverhältnisse in der Hamburgischen Bürgerschaft entschieden. Mit den Wahlkreis-Stimmen können die Wahlberechtigten keinen Einfluss auf die proportionale Sitzverteilung in der Bürgerschaft nehmen, nur auf deren personelle Zusammensetzung. (du)

Fragen zur Bürgerschaftswahl

Angesichts des Klimawandels und des Verlustes der Artenvielfalt braucht es eine moderne, auf Weiterentwicklung ausgerichtete Naturschutzpolitik und eine nachhaltige Denkweise, die nicht nur das heute im Blick hat, sondern auch an folgende Generationen denkt.

1. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob Sie und ihre Partei sich trotz des forcierten Wohnungsbaus für eine deutliche Reduzierung des Flächenverbrauchs einsetzen und alle von Bebauung bedrohten ökologisch und hydrologisch wertvollen und landwirtschaftlichen Freiflächen schützen (auch am Buchenkamp) sowie die Entwicklung des Biotopverbundsystems vorantreiben?

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Naturschutz wieder mehr Gewicht erhält, z.B. durch eine eigenständige Umweltbehörde? Und dass durch die Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes in den Bezirksämtern die Zersplitterung der mit Grün befassten Themenbereiche aufgehoben wird und eine eigenständige Naturschutzabteilung eingerichtet werden kann?

3. Was werden Sie dafür tun, dass die Bezirke mehr Entscheidungsbefugnisse bekommen und auch personell und finanziell besser ausgestattet werden und damit auch wieder bürgernaher/ bürgerfreundlicher Ansprechpartner werden?

4. Was wollen Sie tun, damit die Stadtteile im Norden Wandsbeks besser an den ÖPNV angebunden werden und Verkehrsverbindungen insbesondere für die weniger mit Autos ausgestatteten Menschen z.B. Schüler und ältere Mitbürger geschaffen werden (z.B. alternative Bedienangebote)?

5. Wie werden sie sich dafür einsetzen, dass Ortszentren durch verkehrsreduzierende Maßnahmen für den motorisierten Individualverkehr sowie durch bauliche Maßnahmen lebens- und aufenthaltsfreundlicher und damit auch behinderten-, fußgänger- und fahrradgerechter werden?

6. Wie wollen Sie eine frühzeitige Information und Beteiligung der Bürger z.B. bei größeren Bauprojekten, Ortskernplanungen, Verkauf städtischer Objekte etc. ermöglichen? Und werden Sie sich dafür einsetzen, dass auch die Fachbehörden betroffene Bürger rechtzeitig über Planungen informieren (Stichwort Überschwemmungsgebiete)?

7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Fluglärm über den Walddörfern und dem Alstertal erträglicher wird, z.B. durch deutlich höhere Entgelte für laute und verspätete Flieger und geänderte Anflugrouten (auch beim Anflug auf Finkenwerder)?

Die Antworten der Wahlkreiskandidaten

CDU

1 Als Abgeordneter der CDU für den Wahlkreis Alstertal/Walddörfer habe ich mich immer gegen die massive Bebauung von grünen Wiesen, wie z.B. am Spechtort oder Wibbeltweg und Grüngürteln, wie z.B. am Petunienweg, ausgesprochen. Aus meiner Sicht darf es keinen Wohnungsbau mit der Brechstange geben. Alle ökologisch und hydrologisch wertvollen Flächen, die die SPD und die Grünen im Bezirk Wandsbek noch nicht bebaut haben, müssen unbedingt geschützt werden.

2 Als Fachsprecher der CDU Bürgerschaftsfraktion für den wirtschaftlichen Umweltschutz liegt mir der Erhalt der Natur besonders am Herzen. Ich setze mich dafür ein, dass der Naturschutz niemals als nachrangig behandelt wird. Denn dieser ist nicht nur für die Natur wichtig, sondern auch für die allgemeine Lebensqualität in unserer Stadt. Eine stärkere Bündelung des Bereichs Naturschutzes im Bezirksamt Wandsbek und vor allem auch hamburgweit ist dabei sehr wichtig.

3 Die Kürzungen der SPD bei den Bezirken müssen umgehend rückgängig gemacht werden. Die Mitarbeiter der Bezirksämter sind völlig überlastet und die Aufgaben nicht mehr zu leisten. Dadurch fehlt es sowohl an bürgernahen Ansprechpartnern als auch an Umsetzungsmöglichkeiten von Beschlüssen der Bezirksversammlungen.

4 Ganz wichtig ist es, dass die P&R-Gebühren umgehend wieder abgeschafft werden. Diese reduzieren das Umsteigen vom Auto auf die Bahn deutlich und schaden damit der Umwelt. Der Neubau von P&R Parkhäusern, wie am U-Bahnhof Ohlstedt, muss angegangen werden. Zudem müssen moderne Verkehrssysteme wie car-sharing und vor

Fortsetzung auf Seite 5

allem das Stadtrad im Norden Wandsbeks ausgebaut werden. Die Bahn- und Bushaltestellen im Norden Wandsbeks müssen endlich vollständig barrierefrei ausgebaut und die Taktfrequenzen überprüft und erhöht werden.

5 In jedem Ortskern müssen konkrete Umbaumaßnahmen für mehr Verkehrssicherheit und Aufenthaltsfreundlichkeit erfolgen. So muss zum Beispiel schnellstmöglich mit der Neugestaltung des Saseler Marktes begonnen werden. Dabei muss immer darauf geachtet werden, dass eine ausreichende Anzahl von Parkplätzen bestehen bleibt. Diese stellen gerade für ältere Menschen oftmals die einzige Möglichkeit zum Einkaufen dar und reduzieren gefährliche Parksuchverkehre.

6 Alle Bürgerinnen und Bürger müssen umgehend über neue Pläne der Hamburger Behörden informiert werden und ein Mitspracherecht erhalten. Die Vorgänge um die Ausweisung neuer Überschwemmungsgebiete haben die Unfähigkeit der Behörde für Umwelt und Stadtentwicklung (BSU) gezeigt, auf die berechtigten Interessen der Betroffenen einzugehen. Assistiert von einer ignoranten SPD in Hamburg, der ihre absolute Mehrheit zu Kopf gestiegen ist. Die Fachbehörden müssen dazu gezwungen werden, zukünftig eine umfassende Beteiligung der Bürger sicherzustellen.

7 Ich setze mich seit über drei Jahren im engen Austausch mit der BAW (Bürgerinitiative Alstertal/Walddörfer) gegen die starke Zunahme des Fluglärms im Hamburger Nordosten ein. In zahlreichen Anfragen an den Hamburger Senat und mit der Initiative für den Zehn-Punkte-Plan in der Hamburgischen Bürgerschaft habe ich versucht, die Deutsche Flugsicherung und den Hamburger Senat endlich zum Handeln zu bewegen. Geänderte Anflugrouten über min. zehn nautische Meilen, aber auch die strikte Einhaltung des Nachtflugverbots und deutlich erhöhte lärmabhängige Landeentgelte müssen kommen. Dafür werde ich weiter kämpfen!

Dennis Thering (CDU) war 2008-11 Bezirksabgeordneter, seit März 2011 ist er Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Fachsprecher Verbraucherschutz, Umweltschutz und Tierschutz

---

Freie Demokraten FDP

1 Die Hamburger Stadtteilentwicklung muss sich verstärkt auf stadtübergreifende Projekte konzentrieren. (Grenzen überwinden) Wir wollen die Zementierung von Strukturproblemen verhindern und stattdessen nachhaltig an der Überwindung von Ungleichgewichten in den Stadtteilen und Quartieren eintreten.

2 Wir wollen Klimaschutz und Stärkung zusammenhängender, ökologisch wertvoller Grünflächen und Grünzüge.

3 Wir fordern, dass der Bezirksamtsleiter demokratisch direkt von den Wahlberechtigten des Bezirks gewählt wird (Bezirksbürgermeister). Die FDP tritt für die staatliche Einheit der Stadt Hamburg ein. Wir wollen eine kommunale Selbstverwaltung für die Bezirke nach dem Vorbild von Berlin. Bei Bürgerbegehren und Volksentscheiden streben wir eine Verbesserung der Verfahren an, die zu mehr Transparenz und Klarheit für die abstimmenden Bürger führt.

4 Wir setzen uns für eine gleichrangige Behandlung aller Verkehrsmittel ein. Wir wollen eine Verbesserung des Radwegesystems, mehr Ladestationen für Elektrofahrzeuge und eine Verbesserung des ÖPNV.

5 Hamburg braucht ein entschiedenes Vorgehen gegen Verkehrsrowdies. Öffentliche Räume müssen grüner und behindertengerecht ausgebaut werden.

6 Wir streben eine Verlagerung folgender Verantwortungsbereiche aus den Fachbehörden in die Bezirke an: Stadtteilkultur, Untere Straßenverkehrsbehörde, Bezirklicher Ordnungsdienst, Öffentliche Grünpflege, dezentrale Sportstättenverwaltung. Wir wollen möglichst vielen mittelständischen und kleinen Investoren gute Chancen zum engagierten Wohnungsbau geben.

Brigitte Lafrenz (FDP) war 2008-14 Mitglied der Bezirksversammlung Wandsbek. Sie ist sportpolitische Sprecherin, Mitglied im Inklusionsbeirat und stellvertretende Vorsitzende der Liberalen Frauen

7 Die Flughafenverwaltung arbeitet bereits intensiv an einer Verringerung des Fluglärms. Flugzeuge, die besonders lärmintensiv sind müssen mit höheren Gebühren belastet werden.

SPD

1 Die Nachverdichtung muss immer Vorrang haben vor der Bebauung von Außenbereichen. Erfreulich ist, dass das am Wohldorfer Wald gelegene Baugebiet Wohldorf-Ohlstedt 13 auch in den nächsten fünf Jahren nicht angefasst wird – das Moratorium wird verlängert. Da bei der Flächenauswahl für den Wohnungsbau die Anbindung an die Infrastruktur wichtig ist, halten wir eine maßvolle Nachverdichtung am Buchenkamp nach positiver ökologischer Beurteilung, einer ordentlichen Bürgerbeteiligung und der Zusage einer rückwärtigen Renaturierung für vertretbar. Ich werde mich immer für eine den Charakter der Walddörfer wahrende Bebauung einsetzen.

2 Dass Stadtentwicklung und Umwelt in der Fachbehörde gemeinsam verwaltet werden, war auch schon unter einer grünen Senatorin der Fall – und sollte nicht wieder getrennt werden. Was die Stärkung des Naturschutzes im Bezirk angeht, hat die rot-grüne Bezirkskoalition eine kluge Neuorganisation vorgenommen, mit der die Grün- und Naturschutzaufgaben des Fachamtes wieder unter einer einheitlichen Leitung gebündelt werden, was den fachlichen Austausch verbessern und die Themen stärken wird. Wichtiger als Organisationsfragen: Der SPD-Senat hat fast 190 Hektar in den Walddörfern mehr unter Naturschutz gestellt, zuletzt das Kiebitzmoor, und jetzt wieder mehr Geld für die Pflege der Naturschutzgebiete bereitgestellt.

3 Wir werden die Bezirke weiter stärken. Es müssen z.B. weitere Zustimmungsvorbehalte der Fachbehörden entfallen. Die Bezirke erhalten trotz Schuldenbremse ein überdurchschnittliches Budgetwachstum. Ich will den Quartiersfonds bis 2020 nochmals von 4 auf 5 Millionen Euro aufstocken – das bedeutet mehr Mittel für die Stadtteile.

4 Für den Nahverkehr ist unter dem SPD-Senat mit den Nachtfahrten nach Ohlstedt und der Taktverdichtung beim Metrobus 24 schon viel erreicht worden. Diesen Weg werden wir weitergehen. Wichtig für ältere Mitbürger und Menschen mit Behinderung: Bis 2016/2017 werden alle U-Bahnhöfe in den Walddörfern barrierefrei umgebaut sein (d.h. auch die fehlenden Stationen in Ohlstedt, Buchenkamp, Buckhorn, Meiendorfer Weg). Zudem wird ein Ausbau der P+R-Anlage Ohlstedt zum Umstieg in die U-Bahn einladen.

5 Bei der Sanierung der Straßen, Geh- und Radwege wurde in den Walddörfern viel erreicht – es bleibt aber noch viel zu tun. Maßnahmen in den Ortszentren müssen immer auch die Verkehrssituation für Fußgänger, Fahrradfahrer und Menschen mit Behinderungen verbessern. Der Kompromiss zum Saseler Markt muss umgesetzt werden.

6 Eine frühzeitige Information und Bürgerbeteiligung bei größeren Projekten ist zwingend – der Bezirk Wandsbek ist da bei vielen Planungen durchaus Vorreiter. Bedauerliche Ausnahme: Die Informationspolitik der Behörde bei den Überschwemmungsgebieten war inakzeptabel – das haben wir durch Intervention korrigiert.

7 Die Fluglärmbeschwerden nehme ich sehr ernst. Ich habe den interfraktionellen 10-Punkte-Plan mit entwickelt und setze mich für seine Umsetzung ein, auch wenn das nicht immer einfach ist. Wir haben jetzt mit einer weiteren Initiative nachgelegt: U.a. sollen die Entgelte für zu späte und laute Flugzeuge erneut angehoben, die Fluglärmschutzbeauftragte per Gesetz in ihrer Ombudsfunktion deutlich gestärkt und die Einhaltung der Bahnbenutzungsregeln strenger überwacht werden.

Andreas Dressel (SPD) war 1997-2001 Bezirksabgeordneter, seit 2004 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, seit März 2011 Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

1 Neuer Wohnungsbau ist zwar notwendig, darf aber nicht zum Flächenfraß werden. Für eine ökologisch verträgliche Stadtentwicklung muss Hamburg auf eine Innenverdichtung setzen, in der Landschaftsachsen, grüne Ringe und Flächen für den Biotopverbund erhalten und weiterentwickelt werden. Das ist mir insbesondere bei den wertvollen Grünflächen in den Walddörfern wichtig. Die Bauplanung am Buchenkamp ist Resultat eines Kompromisses in der rot-grünen Bezirkskoalition. Ohne die Grünen wäre diese Fläche mit Sicherheit komplett dem Wohnungsbau zum Opfer gefallen.

2 Naturschutz muss in Hamburg wieder eine starke Rolle spielen. Derzeit ist die Pflege von Naturschutzgebieten und Grünanlagen unterfinanziert. Dieses Defizit wollen wir Grüne auf null reduzieren und gleichzeitig die Pflege der Anlagen ökologischer gestalten. In Wandsbek haben die Grünen dafür gesorgt, dass es wieder ein eigenständiges Naturschutzreferat gibt. Es wird Zeit, dass auch die Umweltpolitik des Senats eine deutliche Grüne Handschrift bekommt.

3 Doppelbearbeitung muss reduziert werden, Bezirke sollen vermehrt abschließende Kompetenzen erhalten. Bei künftigen Aufgabenverlagerungen von Fachbehörden zu Bezirken, die dort zu weiterem Stellenbedarf führen, sollen die nötigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Servicestellen der Behörden müssen - gerade in dem flächenmäßig großen Alstertal und den Walddörfern - dezentral erhalten bleiben.

4 In unseren Randgebieten steht oft nur der Bus als öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung. Bei vielen Linien muss hier die Taktfolge erhöht und die Anschlüsse an U und S- Bahn verbessert werden. Erprobt werden sollte der Einsatz von HVV Kleinbussen, wie sie in Rahlstedt zum Einsatz kommen, aus denen individuell ausgestiegen werden kann.

5 Wir brauchen mehr Tempo 30 Zonen – gerade auch in Ortszentren, damit die Lebens- und Einkaufsqualität steigt. Dort, wo es passt (wie z.B in Volksdorf) können Gemeinschaftsstraßen, in der alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind, wesentlich zur Attraktivität beitragen. Zu-

Fortsetzung auf Seite 7

Energieversorger und Krankenhäuser in öffentliche Hand

HEW, Hein Gas, Pflegeheime und Krankenhäuser wurden an Konzerne verkauft. Unser Ziel: Eine öffentliche Versorgung mit Energie, Krankenhäusern und Pflegeheimen sicherstellen.

www.die-linke-hamburg.de

DIE LINKE.

sätzlich wollen wir Bürgersteige zu sozialen Begegnungsräumen machen und Fuß- und Radwege trennen. Im Winter sollten Fuß- und Radwege gleichberechtigt mit den Straßen von Schnee und Eis geräumt werden.

6 Verfahren wie sie bei den Überschwemmungsgebieten vom Senat angewendet wurden, sind aus meiner Sicht weder akzeptabel noch ausreichend. Frühzeitige und intensive Information und Bürger/innenbeteiligung sowie transparente Verfahren sind Grundbestandteil grüner Politik. Besonders wichtig ist mir bei Vorhaben und Planungen aber die Einbeziehung der Menschen vor Ort und der Austausch mit Betroffenen.

7 Immer mehr Menschen in Hamburg leiden unter Fluglärm – gerade auch in den Walddörfern. Ein erster interfraktioneller Beschluss der Bürgerschaft ist leider vom Senat nur sehr unbefriedigend bearbeitet worden. Bei den erhöhten Landeentgelten hat der Senat beispielsweise zum größten Teil nur solche Flugzeuge stärker belastet, die in Hamburg sowieso nicht mehr zum Einsatz kommen. Bei der Frage der möglichst frühzeitigen Konzentration der Landeanflüge auf einen engen Korridor hat der Senat mit falschen Karten gearbeitet. Aus diesem Grund haben wir neue, grüne Vorschläge vorgelegt, die am 13. Januar in einer Sitzung des Umweltausschusses in einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen eingeflossen sind.

Christiane Blömeke (Bündnis 90/Die Grünen) war 1999-2004 Bezirksabgeordnete. Seit 2004 ist sie Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und Sprecherin für Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, u.a. Obfrau in den Ausschüssen Feuerbergstraße, Chantal, Yagmur

---

DIE LINKE.

1 Die LINKE setzt sich in ihren wohnungspolitischen Forderungen vorrangig für bezahlbare Wohnungen in einem gesunden sozialen Umfeld ein. Wir haben deshalb als einzige Partei gerade in den Walddörfern am Bredenbek- und Buchenkamp für Wohnprojekte, flächensparend, naturnah und möglichst autofrei gekämpft. Wie in der bisherigen Tätigkeit unterstützt die Linke laut Wahlprogramm die Biotop- und Grünflächenausweitung in der Stadt.

2 Die LINKE unterstützt die Forderung nach einem starken Naturschutzreferat im Bezirksamt. Die Aufteilung des Naturschutzes auf drei Fachämter finden wir nicht richtig. Die Bezirke brauchen eine fachlich starke Naturschutzabteilung, die die Expertise bündelt und sich gegenüber den Interessen anderer Abteilungen behaupten kann.

3 Die Zuständigkeiten der sieben Hamburger Bezirke und Bezirksversammlungen müssen nachhaltig gestärkt werden. Die Linke fordert eigene Bezirksetats und Bürgerhaushalte nach dem Vorbild von Berlin-Lichtenberg. Weitere Rechte sind an die Bezirke zu übertragen: Verfügungsgewalt über öffentliche Flächen und Immobilien. Bürgerentscheide, die sich auf bezirkliche Belange beziehen, müssen verbindlich werden. Als einzige Partei unterstützen wir die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen die Kürzungsprogramme, die sich hinter der „Schuldenbremse“ verstecken.

4 Ich bin wie die meisten unserer Abgeordneten intensiver Rad-/ÖPNV-Nutzer und Leidtragender der abendlichen Taktung in den Walddörfern. Hier muss der HVV verpflichtet werden attraktive Angebote vorzuhalten. Zum Umstieg gehört auch ein finanzieller Anreiz. Die Linke strebt ein Bürgerticket an, im Endeffekt zum Nulltarif. Investitionen gehören in den Nahverkehr und nicht in die Folgekosten der Automobildominanz.

5 Wir haben uns grundsätzlich die Stärkung des Fuß- und Radverkehrs auf die Fahnen geschrieben. In Volksdorf unterstützen wir die IAO beim Einsatz für Gemeinschaftstraßen. Der Duvenstedter Damm braucht ausreichende Flächen für Fußgänger und Radfahrer. Tempo 30 muss Regelgeschwindigkeit werden. Hoffentlich werden unsere Vorschläge für eine sichere Gestaltung des gefährlichen Fuß- und Radweges in der Lemsahler Landstraße endlich aufgegriffen.

6 Beteiligung ist eine Daueraufgabe, deshalb ist die Linke in Stadtteilgremien und Initiativen aktiv. Wir fordern seit langem eine Verstetigung dieser Arbeit, was auch eine entsprechende Finanzierung voraussetzt. Stadtteil- und Quartiersbeiräte sind im Bezirksverwaltungsgesetz zu verankern und mit selbstverwalteten Etats auszustatten. Bürger fühlen sich nur dann mitgenommen, wenn Planungsprozesse als Ausgangspunkt die Diskussion im Stadtteil haben. Sind schon die wesentlichen Randbedingungen, wie Grundstücksgeschäfte, Anhandgaben gesetzt, verkommt der nachgelagerte Beteiligungsprozess leicht zur Alibiveranstaltung. Frust und Widerstand ist vorprogrammiert. Bauausschusssitzungen müssen öffentlich sein.

7 Bundesweit tritt die Linke für ein konsequentes Nachtflugverbot von 22-6 Uhr ein. Für alle Maßnahmen, die Lärm reduzieren und nicht nur verlagern, haben wir in Absprache mit der Kooperation Hamburger Fluglärminitiativen Anträge in der Bürgerschaft eingebracht. Erkannte Gesundheitsgefahren können nicht gegen Wirtschaftlichkeit aufgerechnet werden.

Rainer Behrens (Die Linke) ist seit 2008 im Regionalausschuss Walddörfer und seit 2014 Mitglied der Bezirksversammlung und Fachsprecher im Planungsausschuss

Wählen Sie bequem von zu Hause! Hamburg SPD

Beantragen Sie mit Ihrer Wahlbenachrichtigung Briefwahl
Für Sie im Rathaus - Für Sie vor Ort: Ihre SPD-Kandidaten
für die Bürgerschaftswahl aus Alstertal-Walddörfer
Nicht vergessen: Sie haben 10 Stimmen, die Sie frei verteilen können.

5 Stimmen auf der Wahlkreisliste (rosa Stimmzettel, Liste 1)

1	Dressel, Dr. Andreas Volksdorf, 1975, Jurist, Fraktionsvorsitzender	OOOOO
2	Timmermann, Karin Duvenstedt, 1947, Rentnerin	OOOOO

5 Stimmen auf der Landesliste (gelber Stimmzettel, Liste 1)

4	Schwinke, Karl 1950, Bezirks-/ Sportstaatsrat	OOOOO
15	Seeler, Dr. Joachim 1964, Diplom Wirtschaftsingenieur	OOOOO
18	Stoberock , Dr. Tim 1977, Staatsanwalt	OOOOO

16-Punkte-Plan soll Fluglärm minimieren

Einigkeit trotz Wahlkampf

Im Umweltausschuss der Bürgerschaft haben sich vier Fraktionen überraschend auf ein einheitliches Vorgehen beim Thema Fluglärmschutz geeinigt. Die jetzt beschlossene Initiative geht mit 16 Einzelthemen über den 10-Punkte-Plan aus dem Frühjahr 2014 deutlich hinaus. In der letzten Sitzung vor der Wahl soll die Bürgerschaft am 4. Februar die Empfehlung beschließen, damit Senat, Flugsicherung und Flughafen in die Umsetzung gehen können.

Foto: Pixabay

Wichtigste Neuerung ist für den grünen wirtschaftspolitischer Sprecher Dr. Anjes Tjarks ist die Stärkung und – bundesweit einmalig – gesetzliche Sicherung der Fluglärmschutzbeauftragten. Wichtige Punkte sind außerdem ein neuer Anlauf für ein lärmoptimiertes Anflugverfahren im Einvernehmen mit den Hamburger Nachbarn im Nordosten, eine strengere Genehmigungs-, Bußgeld- und Entgeltpraxis und mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz, zum Beispiel durch die Öffnung der Fluglärmschutzkommission. „Das jetzt Beschlossene lässt uns verhalten optimistisch in die Zukunft schauen. Mit den jetzt beschlossenen 16 Punkten erwarten wir im ersten Schritt eine spürbare Verbesserung der Fluglärmsituation. Im nun gefundenen Konsens finden sich eine Vielzahl der Forderungen der BAW wieder“ sagt Martin Mosel, Sprecher der Initiative für Fluglärmschutz (BAW). Eine konkretere Formulierung hatte die Initiative bei der Festlegung des Anflugverfahrens auf zehn Nautische Meilen erwartet. Der jetzt etablierte Prüfauftrag lässt zwar hoffen, so Mosel, doch die Initiative sieht keine Alternative zur Verlängerung der Anflüge auf 10 Nautische Meilen (rd. 19 km), denn nur dann ließen sich auch die lärmarmeren Anflugverfahren umsetzen.

Auch die übrigen Politiker Dr. Andreas Dressel (SPD), Dennis Thering (CD) und Kurt Duwe (FDP) zeigten sich erfreut über die Einigung: Der Senat sei jetzt in der Pflicht, für eine schnelle Umsetzung der beschlossenen Schritte zu sorgen und ein jährlicher Fluglärmbericht wird dafür sorgen, dass die Bürgerschaft die Fluglärmentwicklung in Hamburg besser kontrollieren kann. Alle Beteiligten sind sich auch einig darüber, dass noch viele Fragen offen sind und die jetzige Initiative nur ein erster Schritt sein kann. (du)

Den 16-Punkte-Plan findet man u.a. auch auf der WUZ-Homepage.

Radverkehrskonzept für Wandsbek

In der letzten Wahlperiode hat die rot-grüne Koalition ein Radverkehrskonzept für den Bezirk auf den Weg gebracht. Das Bezirksamt hat jetzt ein Planungsbüro mit der Erstellung eines Wandsbeker Radverkehrskonzepts beauftragt. Zunächst wird eine umfangreiche Bestandsanalyse der vorhandenen Radwege erarbeitet. Danach wird geprüft, wie durch Ausbau und Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur der Anteil des Radverkehrs erhöht und Velorouten optimiert werden können. Und in einem dritten Schritt geht es an die Umsetzung wie die Einrichtung von Radfahrstreifen, Schutzstreifen oder Fahrradstraßen. Zur Unterstützung wird ein mit Fachleuten besetztes Fahrradforum eingerichtet, das Ideen für ein optimiertes Radwegenetz entwickelt. Die Ergebnisse sollen mit den Bürgern diskutiert werden. Im Herbst 2015 soll das Konzept fertig sein.

Dazu passt auch die Kampagne der Initiative für ein Lebenswertes Sasel. Mit einer Eingabe an die Bezirksversammlung will die Ini erreichen, dass die Wohnstraßen Langenstücken, Frahmredder, Volksdorfer Weg incl. der Verlängerung Saseler Weg, Alsterredder und Saseler Mühlenweg durchgängig in Tempo-30-Zonen umgewandelt werden. Die Saseler versprechen sich davon mehr Akzeptanz durch die Autofahrer, denn einige Abschnitte haben schon Tempo-30, während bei anderen noch Tempo 50 gilt. (du)

Überschwemmungsgebiete: Neues Bürgerbegehren abgelehnt

Behörde will plötzlich nochmal alles neu prüfen

Kurz vor Weihnachten hatte die Bürgerinitiative Berner Au ein Bürgerbegehren im Bezirksamt eingereicht u.a. mit der Forderung, dass bewohnte Grundstücke nicht als Überschwemmungsgebiet (ÜSG) ausgewiesen werden sollen. Inzwischen hat das Bezirksamt entschieden, dass das Bürgerbegehren nicht zulässig ist, da es nicht in allen Punkten Belange betrifft, die in den Zuständigkeitsbereich des Bezirkes fallen.

Foto: Ilka Duge

Während die Bürgerinitiative über weitere Schritte nachdenkt, hat die Stadtentwicklungsbehörde (BSU) reagiert und will jetzt eine vollständige Überprüfung der ÜSG mit einer erneuten Berechnung der Festsetzungen vornehmen. „Die Planungen werden damit auf unser Drängen hin nochmal komplett auf den Prüfstand gestellt“, sagt SPD-Fraktionschef Dr. Andreas Dressel „das finde ich gut und das ist auch ein Entgegenkommen gegenüber der Initiative.“ Die Festsetzung der ÜSG war nicht nur an der Berner Au, sondern auch an der Lottbek sowie in der Bezirksversammlung auf Unverständnis und Ablehnung gestoßen. Vor allem die späte Information der Betroffenen durch die BSU und die Missachtung - der im Bezirk inzwischen schon fast zur Regel gewordenen Bürgerbeteiligung - wurde kritisiert. Die rot-grüne Koalition im Bezirk hatte daher den Straßenausbau der Krögerkoppel gestoppt: „Erst wenn klar ist, wie es vor Ort weitergeht und nach Inkrafttreten einer Verordnung über das ÜSG Berner Au soll über die Wiederaufnahme des Straßenausbaus beraten werden, sagen GRÜNE und SPD.

„Die Bewegung von SPD Senatorin Blankau war längst überfällig“, sagt auch die grüne Bürgerschaftsabgeordnete Christiane Blömeke. „Wie lange mussten die Anwohner kämpfen, um dieses erste Gehör zu finden. Bis heute gab es meines Wissens kein Gespräch oder gar einen Vorortbesuch der Senatorin. Die Menschen wurden mit ihren Problemen einfach allein gelassen. Das jetzt neu vermessen werden soll ist gut, aber die Kuh ist damit noch lange nicht vom Eis. Das Vorgehen der Senatorin erinnert eher an eine Beruhigungspille, die den Betroffenen verabreicht wird.“ (du)

Moratorium zum umstrittenen Bebauungsplan wird verlängert

Die BSU will auf den Vorschlag der rot-grünen Bezirkskoalition und der Kläger im Normenkontrollverfahren gegen den umstrittenen Bebauungsplan Wohldorf-Ohlstedt 13 eingehen und das seit 2011 erklärte Moratorium um eine weitere Wahlperiode verlängern. Damit droht auch in den nächsten fünf Jahren keine Bebauung in dem sensiblen Bereich an der Hoisbüttler Straße.

„Wir haben bei diesem Thema Wort gehalten und so soll es auch in der nächsten Wahlperiode sein. Die Walddörfer leisten an vielen Stellen wichtige Beiträge zu Wohnungsbau und Nachverdichtung, da ist es klug, sich an dieser sensiblen und streitbefangenen Ecke direkt am Naturschutzgebiet Wohldorfer Wald nicht in einem aufwändigen Gerichtsverfahren zu verkämpfen“, sagt SPD-Fraktionschef Andreas Dressel. Die Festlegung aus dem Wandsbeker Koalitionsvertrag sei damit von der Landesebene 1:1 umgesetzt worden. „Die Verlängerung des Moratoriums für Wohldorf-Ohlstedt 13 ist ein großer Erfolg der Grünen-Bezirksfraktion“, sagt Dennis Paustian-Döscher, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN in Wandsbek. „Es ist erfreulich, dass sich der Druck der Wandsbeker Grünen auf den Senat ausgezahlt hat. Jetzt muss aber auch die Chance genutzt werden, während der nächsten Legislaturperiode die Fläche neu zu überplanen, um die wertvollen Grünflächen zu sichern.“

Vor der letzten Bürgerschaftswahl hatte Olaf Scholz der Wohldorfer Wald Initiative für Naturerhalt zugesagt, auf eine Bebauung vorerst zu verzichten und den Erhalt der Fläche sichern zu wollen. Dafür hätte ein neuer B-Plan aufgestellt werden müssen, der die Flächen als Grüngebiet sichert. Das ist jedoch nicht geschehen. In dem Moratorium hatten alle Seiten eine vor Gericht protokollierte Erklärung abgegeben, dass das Verfahren während der 20. Legislaturperiode ruhen soll. (du)

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

Gegen das Vergessen – Erinnern für die Zukunft

Am Dienstag, den **27. Januar**, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und der Befreiung des KZ Auschwitz, veranstaltet der Verein „Begegnungsstätte Poppenbüttel“ wieder gemeinsam mit der Initiative „Für ein lebenswertes Sasel“ um 13 Uhr eine Gedenkfeier am Mahnmal des ehemaligen KZ-Außenlager Sasel im Petunienweg/Ecke Feldblumenweg. Neben kurzen Redebeiträgen und Rezitationen wird ein Saseler Musiker die Gedenkfeier wieder mit jüdischen Weisen auf der Mundharmonika begleiten; dieses Instrument wurde vielfach von Inhaftierten in den Konzentrationslagern gespielt. Die Veranstaltung dauert etwa 45 Minuten. Alle Interessierten, sind eingeladen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Der Gedenkstein am Petunienweg (Foto)wurde 1982 von der Stadt errichtet. Er bildete den würdevollen Abschluss damaliger Forschungsaktivitäten von Schülern des Gymnasium Oberalster: Sie hatten erstmalig Dokumentationen über das ehemalige KZ Sasel zusammengetragen.

Auch die Bezirksversammlung Wandsbek lädt zu einer öffentlichen Veranstaltung anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am **27. Januar** um 19 Uhr in den Bürgersaal Wandsbek, Am Alten Posthaus 4 ein. Die Veranstaltung steht unter der Überschrift: Stolpersteine in Eilbek – Bezirksabgeordnete würdigen Opfer aus unserer Nachbarschaft. (WUZ)

Foto: Initiative für ein lebenswertes Sasel

Leserbriefe

Die WUZ behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen

Augenwischerei

In der letzten WUZ wurde die Zusammenlegung von verschiedenen Aufgaben der Grünbelange und des Naturschutzes in einer neuen zentralen Stelle im Bereich des Managements des öffentlichen Raumes (MR) thematisiert. In dem Artikel wurde angesprochen, dass es wünschenswert wäre, die Mitarbeiter der Abteilung Stadt- und Landschaftsplanung mit einzubinden. Vergessen wurden hierbei jedoch die Mitarbeiter des WBZ, die bisher weitgehend isoliert von anderen Mitarbeitern des Naturschutzes im Bezirk eine Vielzahl von Aufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Dezernat für Bauen und Umwelt wahrnehmen. Auch diese sollten bei einer Zusammenlegung mit berücksichtigt werden, um die hoch gesteckten Ziele der neuen Koalitionsvereinbarung von Grünen und SPD effizienter und erfolgreich erreichen zu können. Vieles würde sonst auf der Strecke bleiben oder Probleme generieren und wäre nur Augenwischerei gegenüber den Bürgern im Bezirk.

Henning Joost/per Mail

Wandsbek als Vorreiter für Hamburgs Umweltverwaltung?

Die Bezirksverwaltungsreform erbrachte 2006 die Zerschlagung der Naturschutzreferate bei den Hamburger Bezirksämtern. Der Botanische Verein hatte sich mehrfach kritisch damit auseinandergesetzt. Auch der Rechnungshof hatte dringend davon abgeraten, effiziente Strukturen mit ungewissen Folgen umzubauen.

Damals war es jedoch das Bestreben der Rathausregierung, die Verwaltung so umzubauen, dass Wirtschaft und Bauen davon profitierten. Man konnte immer wieder heraushören, dass angeblich Naturschutz alle Verfahren abbremsen würde und Baugenehmigungen ohne „störendes grünes Beiwerk“ rascher durchzuziehen seien.

Mittlerweile lässt sich die Sinnwidrigkeit dieser Art von „Reform“ kaum noch verheimlichen. Ein erster Schritt zur Wiederherstellung von arbeitsfähigeren Strukturen wurde im letzten Herbst getan: Seit dem 1. Oktober sind im Bezirksamt Wandsbek Naturschutz, Stadtgrün, Wasserwirtschaft und Forsten zusammengefasst. Das ist einerseits umfassender als das frühere Naturschutzreferat, andererseits bleiben die Landschaftsplaner weiterhin in der Stadtplanung untergetaucht, und der Verbleib der Baumschützer scheint ungeklärt. Mit Interesse liest man in der Mitteilung des Bezirksamtes, dass 86% der befragten Mitarbeiter mit der bisherigen Konstruktion unzufrieden waren.

Da kann man nur hoffen, dass andere Bezirke sich dem guten Beispiel anschließen. Aber auch die Regierungspartei sollte sich vor der Wahl an ihre alten Zusagen erinnern. Sollte nicht eine eigenständige Umweltbehörde mit einer effizienten Zuordnung aller umweltrelevanten Themen das Ziel sein?

Horst Bertram, 2. Vorsitzender, Botanischer Verein zu Hamburg

“Zur Kastanie”
Duvenstedt

Specksaalredder 14
22397 HH-Duvenstedt
Reservierung ab sofort pers. oder
unter Tel.: (0 40) 607 25 25
www.restaurant-zur-kastanie.de
info@restaurant-zur-kastanie.de

Schnitzel-Abend
Jeden Mittwoch-Abend im Februar am **4., 11., 18. und 25. Februar** – 4 Schnitzelvariationen „satt“ mit gemischten Salat und Pommes frites 16,90 € pro Person

Schlachtfest am **27. Februar** um 19 Uhr 22,90 € pro Person incl. Aperitif mit musikalischer Begleitung durch Siggi Zeitler

Einheits-Stadtstaat kontra einzelne Gemeinden

Mehr Kompetenzen für die Bezirke

Seit Jahren fordern Hamburgs Parteien die Stärkung der Bezirke. Doch zu mehr als kosmetischen Korrekturen hat der Wille bisher nicht gereicht. Stattdessen gibt es eine allseits beklagte personelle und finanzielle Auszehrung der Bezirke. Der Verein Mehr Demokratie will, dass die Bezirke endlich kommunalpolitische Entscheidungsmöglichkeiten bekommen.

Foto: Mehr Demokratie

Manfred Brandt freut sich schon jetzt auf spannende Diskussionen und die Alternativvorschläge der Parteien

Was vor allem die Bezirkspolitiker und die Bezirksämter fordern, wird vom Senat oder der Bürgerschaft nur halbherzig unterstützt. Denn mit der Stärkung der Bezirke müssen Bürgerschaft, Senat und Fachbehörden Entscheidungsbefugnisse abgeben und damit auch Macht. Weil die Politik untätig bleibt, engagiert sich jetzt der Verein Mehr Demokratie. Sprecher Manfred Brandt ist der Auffassung, dass die Bezirke nur dann mehr Verantwortung und Eigenständigkeit bekommen, wenn sie auch über eigene Mittel, sprich Steuereinnahmen verfügen. Brandt beruft sich auf Artikel 28 des Grundgesetzes und möchte den Stadtstaat Hamburg in Einzelgemeinden aufteilen: „Hamburg ist zu groß geworden, um auch in Zukunft ohne eigenständige Kompetenzen auf Bezirksebene noch gut verwaltet werden zu können“.

Daher will der Verein noch im Januar zwei Volksinitiativen starten: Zur Stärkung der parlamentarischen und direkten Demokratie sowie zur Stärkung der Bezirke. „Beides hängt eng miteinander zusammen“, sagt Brandt.

Im Augenblick sind die Bezirksversammlungen weisungsgebundene Verwaltungsausschüsse. Sie können nur über bestimmte Themen selbst entscheiden. Der Senat behält sich außerdem ein Evokationsrecht vor, mit dem er jedes Thema dem Bezirk entziehen kann. Schon lange fordern z.B. die Bezirkspolitiker, dass die untere Verkehrsbehörde in die Bezirke verlagert werden muss. Hier geht es u.a. um die Ausweisung von Tempo-30-Zonen oder das Aufstellen von Straßenschildern, dass zurzeit in der Wirtschaftsbehörde geregelt wird. Ein klassisches Beispiel auch für Mehr Demokratie, dass hier etwas „von oben“ bestimmt wird, was eigentlich der Bezirk viel besser kann. „Mit der Umorganisation würden viele Fachbehörden wesentlich kleiner. Landesplanung und Raumordnung oder der U-Bahn/Stadtbahnausbau und das überregionale Straßenwesen sind jedoch wie in den Flächenländern Landesaufgabe und bleiben in den Fachbehörden.“

Schädlich für die Demokratie findet Brandt außerdem, dass die Bezirksversammlungen zwar in einem demokratischen Prozess gewählt werden, dann aber nicht in allen Fällen entscheiden dürfen. „Warum sollen Bürger zur Bezirksversammlungswahl gehen, wenn sie dafür kein echtes kommunalpolitisches Gremium oder einen direkt gewählten Bezirksbürgermeister bekommen?“

Mit der Volksinitiative soll die Verfassung der Hansestadt im Sinne von Artikel 28 des Grundgesetzes geändert werden. Darin heißt es: “Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ In einem ersten Schritt müssen dafür je Volksinitiative 10.000 Unterschriften innerhalb von sechs Monaten gesammelt werden. In der nächsten Stufe, dem Volksbegehren sind 64.000 Unterschriften in drei Wochen nötig. Nach einem erfolgreichen 3. Schritt, dem Volksentscheid (zur nächsten Bundestagswahl) plant Mehr Demokratie zur Umsetzung eine lange Übergangszeit ein, möglicherweise bis 2025. Bei jeder Stufe können die Parteien Alternativvorschläge machen. (du)

Termine

26. Januar von 18 bis 20 Uhr: Diskussion über den Natur- und Umweltschutz in Hamburg mit A. Porschke beim NABU, Klaus-Groth-Straße 21 in HH-Borgfelde mit Monika Schaal, SPD, Birgit Stöver, CDU, Martin Bill, Grüne, Dora Heyenn, Die Linke und Dr. Kurt Duve, FDP.

Ab 5. Februar von 18-19.30 Uhr: Kurs Bürgerschaftswahl in Hamburg 2015. VHS-Ost in Farmsen (3 Termine: www.vhs-hamburg.de).

7. Februar 14 bis 17 Uhr:
Repair Café im DRK-Seniorentreffpunkt Sasel, Redder 2b.

17.+24. Februar: Vorträge zum Thema Kindesentwicklung und positive Eltern-Kind-Bindung von Entwicklungstherapeutin Christiane Sepke organisiert u.a. vom Verein Durch Erleben lernen aus Volksdorf. Jeweils um 20 Uhr im Peter Ranzau Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Ahrensburg.

Ab 26. Februar, 18-19.30 Uhr: Kurs Freihandelsabkommen TTIP und CETA. VHS-Ost (4 Termine).

KANZLEI FRAHMREDDER 20

Dr. Günther Engler
Dr. Thomas Fraatz-Rosenfeld
Fachanwalt für Verwaltungsrecht,
Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht und Mediator
Marlies Horn
Fachanwältin für Familienrecht und Mediatorin
Thomas Röder

Telefon 0 40 - 6 000 000 • Telefax 0 40 - 6 000 00 66
www.anwälte-alstertal.de

RECHTSANWÄLTE – FACHANWÄLTE – MEDIATOREN
KOMPETENZ UND ERFAHRUNG

„Alles andere wichtiger als Natur- und Umweltschutz“

Kiebitzmoor sollte größer sein

Der NABU hat seine Bilanz der SPD-Umweltpolitik gezogen. In seiner Regierungserklärung betonte der Senat noch, er wolle “Hamburg als Umwelthauptstadt fest etablieren”. Die SPD versprach, „auch in den kommenden 20 Jahren dafür arbeiten, dass wir in Naturschutz, flächensparendem Bauen, Emissions- und Klimaschutz vorne bleiben“. Doch aus Sicht des NABU hat die SPD den umweltpolitischen Rückwärtsgang eingelegt.

Foto: Ilka Duge

Alexander Porschke (li.) und Malte Siegert kritisieren den SPD-Senat in Sachen Natur- und Umweltschutz

„Das Agieren des Senats wirkt auf uns, als würde die SPD Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutz allenfalls als lästige Pflichtaufgaben ansehen. Vollmundige Erklärungen erwiesen sich als leere Hüllen und vom ‚guten regieren‘ ist hier wenig zu erkennen”, meint Alexander Porschke, Vorsitzender des NABU Hamburg: „Der SPD-Senat verfolgt eine öffentlichkeitswirksame Naturschutzstrategie, die wir Als-Ob-Naturschutz nennen.“

Der NABU begrüßt die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete und des Kiebitzmoores als Naturdenkmal. Allerdings müsste das Schutzgebiet nach Ansicht des NABU flächenmäßig größer sein, um es nachhaltig schützen und entwickeln zu können. Die Beschränkung auf das unbedingte Minimum, die umliegenden Nutzungen und die von allen Seiten erfolgende Einschnürung durch Wege würden das Schutzgebiet stark einengen und beschränkten seine Entwicklungsmöglichkeiten.

Der Umweltverband bemängelt auch, dass mit der Ausweitung der Naturschutzgebietsflächen nicht auch gleichzeitig der Etat für Pflege und Entwicklung angehoben wird. Nach Berechnungen des NABU fehlen im städtischen Haushalt insgesamt rund vier Millionen Euro für den Naturschutz. Dass die SPD-Fraktion rechtzeitig zum Wahlkampf 200.000 Euro zusätzlich beantragt hat, sei zwar gute Absicht, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

An ausreichend Mitteln fehle es auch für die Umsetzung der Europäischen Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) und der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Der NABU bemängelt darüber hinaus die zögerliche Umsetzung des gesetzlich geforderten Biotopverbundes. „Die Flächen müssen rechtlich gesichert und im Sinne des Naturschutzes entwickelt werden“, fordert der NABU-Chef.

Zwischen 2011 und 2013 wurden in 70 Bebauungsplänen mindestens 172 ha Grün (Grün-, Gehölz-, Brach,- Kleingarten- und Landwirtschaftliche Flächen) überplant und die Fällung von über 1.700 Bäumen beschlossen – und die neuen Programme weisen wieder Grün als Potentialflächen für den Wohnungsbau aus. Der zukünftige Senat muss den Flächenverbrauch stoppen, so der NABU.

Entgegen den Versprechungen zur Umwelthauptstadt hat der Senat Hamburgs Klimaschutzziel aufgegeben, so Porschke. Er will nur noch „einen angemessenen Beitrag zum Bundesziel einer Reduktion um 40% gegenüber 1990 leisten“. Was die Senatorin angemessen findet, ließe sich am Mitteleinsatz erkennen: Obwohl die gerade veröffentlichte Klimaschutz-Statistik zeigt, dass Hamburg 2012 praktisch keinen Beitrag zur Treibhausgasminderung geleistet hat, hat die Umweltsenatorin den Mitteleinsatz noch einmal halbiert.

Hoffnungsvoll bewertet der NABU Äußerungen der Hafenverwaltung, zukünftig Vorreiter für einen „grünen“ Hafen sein und international Champions-League spielen zu wollen. „Maßnahmen wie zum Beispiel der Landstromanschluss in Altona bereiten aber bestenfalls den Aufstieg in die erste Liga, nicht aber in die Königsklasse vor“, erklärt Malte Siegert, Leiter Umweltpolitik beim NABU Hamburg. „Denn ein Welt- und Universalhafen, der so exponiert mitten in der Stadt liegt, muss eine klarere Nachhaltigkeitsstrategie haben und neben unbestritten wichtigen ökonomischen Zielen zukünftig stärker sozialen und ökologischen Ansprüchen nach sauberer Luft und weniger Lärm gerecht werden.“ (WUZ)

doku film front

DER ENGAGIERTE DOKUMENTARFILM IM KORALLE KINO IN VOLKSDORF VORGESTELLT VOM AGENDA 21-BÜRO VOLKSDORF, S. STOCKHECKE JEWEILS UM 19:45 UHR

11. Februar (Mittwoch)**: Wer rettet wen? Die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit.**
Regie: Leslie Franke und Herdolor Lorenz. D 2015
PREMIERE in über 150 europäischen Städten.
Aktionstag mit Attac Walddörfer
Seit fünf Jahren werden Banken und Länder gerettet. Politiker schaffen immer neue Rettungsfonds, während in Europa Menschen wieder für Hungerlöhne arbeiten. Es wird gerettet, nur ist keine Rettung in Sicht. „Wer rettet wen?“ ist ein Film von unten, investigativ, informativ und im besten Sinne aufklärerisch. Ein Film, der uns alle angeht.